



Motorenproduktion im Porsche-Werk Leipzig. Ingenieurin Juliane Engel im Gespräch mit Tom Dümchen.

ARCHIVFOTO: ANDRE KEMPNER

# „Hohes Risiko für einen Streit über die Zuständigkeiten“

Sächsische Wirtschaft kritisiert Koalitionsvertrag von CDU, Grünen und SPD  
IG Metall sieht dagegen positive Signale

Von Roland Herold

**Leipzig.** Die sächsische Wirtschaft hat sich kritisch zum Vertrag der neuen Kenia-Koalition in Sachsen geäußert. Für den Wirtschaftsrat der Sächsischen Union sagte Landeschef Dirk Schröter im Interview: „Ich wünsche mir eine stabile und vor allem handlungsfähige Landesregierung. Ob das in der jetzigen Konstellation gelingt, bleibt abzuwarten.“ Er erinnerte daran, dass eine Dreiparteienkonstellation Kompromisse erfordere: „Ich rate daher davon ab, pauschal alles zu kritisieren, was CDU, Grüne und SPD als Gegenstand ihrer politischen Arbeit für die nächsten fünf Jahre vereinbart haben.“

## „Koalitionäre sollten sich zügeln“

Er mahnte die Koalitionspartner, eigene Interessen hintenan zu stellen. Die SPD müsse ihre „schiefer abgängige Lust an Abgaben-

und Steuererhöhungen, ständig steigenden Ausgaben und immer mehr Staat“ zügeln. Die Grünen sollten aus dem Wahlergebnis die Schlussfolgerung ziehen, dass sie in der Fläche des Freistaats faktisch keine Rolle spielten.

Der Wirtschaftsrat bedauere, dass die CDU weder Wirtschafts- noch Landwirtschaftsressort mit einem Minister besetze. „Im Hinblick auf den Zuschnitt und die Verteilung der Ressorts schätze ich das Risiko als hoch ein, dass es zu Streitigkeiten über Zuständigkeiten kommt“, warnte Schröter. Als Beispiel nannte er den Bergbau. Für Energie sind künftig die Grünen zuständig. Das Oberbergbauamt verbleibt aber im SPD-Wirtschafts-

ministerium. Für Strukturentwicklung zeichne die CDU verantwortlich. „Das ist die Gefahr wechselseitiger Blockaden zwischen den Häusern vorprogrammiert.“

Beim Ministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft werde der Anschein vermittelt, dass Energie-, Strom- und Wärmeversorgungsunternehmen kein Teil der Wirtschaft, sondern vorrangig dazu da sind, den Klimaschutz voranzubringen. „Das ist grundlegend falsch“, so Schröter.

Der Präsident des Sächsischen Handwerkstages, Roland Ermer, sagte: „Herausgekommen ist ein auffallend umfangreiches Arbeitspapier mit im Detail zahlreichen Absichtserklärungen für eine Koalition der Vernunft.“ Er nannte es erfreulich, dass viele Punkte enthalten seien, „die uns Unternehmern von Kleinst- und Kleinbetrieben in Stadt und Land gleichermaßen auf den Nägeln brennen“. So der Meisterbonus und die Neuaufgabe des Landesförderungsprogramms. „Kein

Verständnis haben wir dafür, dass das bewährte Gesetz zur öffentlichen Auftragsvergabe mit neuen Auflagen verkompliziert werden soll“, kritisierte Ermer. Auch er monierte den Zuschnitt der Ministerien. „Schön wäre es, wenn im Wirtschaftsministerium künftig wieder stärker die Belange von Handwerk und Mittelstand im Fokus stehen.“

## „Weiterbildung bleibt aktuell“

Beifall kam dagegen von der IG Metall. Olivier Höbel, Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen, sagte: „Im Koalitionsvertrag wurde verankert, dass die Tarifbindung erhöht werden soll, Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft gestärkt werden und die verbesserte Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sowie kontinuierliche Weiterbildung auf der Agenda stehen.“ Er begrüßte auch die Bundesratsinitiative zum besseren Schutz von Betriebsgründungen, um die Mitbestimmung nachhaltig zu fördern und Beschäftigte zu schützen. Höbel nannte es einen Wermutstropfen, dass die Kommunen nicht verbindlich in die Bestimmungen des Vergabegesetzes einbezogen wurden.

Dirk Schröter, Landeschef im CDU-Wirtschaftsrat.

FOTO: PRIVAT



Roland Ermer, Präsident des Sächsischen Handwerkstages.

FOTO: KEMPNER